

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands

(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erscheint wöchentlich.

Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 R.-M., eingetragenen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Nichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin-NW. 40 Reichstagsufer 3
Druck: Vorwärts-Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis

Geschäftsanzeigen: die sechsgehaltene Nonpareilzeile 60 Goldpfennig.
Gratulationen d. Zeile 50 Goldpf., für Todesanzeigen d. Zeile 40 Goldpf.

Geschichtskalender: 28. August bis 3. Sept.

- 28. August 1892: Ortsverein Hamm gegründet.
- 28. August 1892: Der Lokalverein Stuttgarter Brauer schließt sich dem Verband an.
- 29. August 1914: Der Verbandsvorstand beschließt, die Familien der Kriegsteilnehmer aus allgemeinen Verbandsmitteln zu unterstützen.
- 1. September 1905: Kemmle tritt als Sekretär in das Verbandsbüro des Mühlenarbeiterverbandes ein.

- 2. September 1907: Brauereiarbeiterstreik in Augsburg.
- 3. September 1893: Gründung des Ortsvereins Würzburg.

Im Monat September.

- 1893: Urabstimmung im Mühlenverband betr. Zusammenschluß zum Lebensmittelarbeiterverband. Mit 97 gegen 94 Stimmen abgelehnt.
- 1894: Der Mühlenverband schreibt Extrabeiträge in Höhe von 60 Pf. aus.

der Völker ging, wirkte sich nochmal, jahrelang nach dem Ausbruch des großen Krieges, mit aller Furchtbarkeit auf handelspolitischem Gebiete aus. Die Verfassung der europäischen Wirtschaften und der europäischen Arbeitsmärkte ist nicht zuletzt auf diesen kulturwidrigen Zustand zurückzuführen. Um die ganze Tragödie menschlichen Geistes im 20. Jahrhundert zu begreifen, sei hier nur daran erinnert, daß für unseren Arbeitsmarkt eine Mehrwarenausfuhr von rund einer Milliarde Mark die Möglichkeit bedeutet, 100 000 Menschen mehr zu beschäftigen.

Konjunktur, Geldmarkt, Gewerkschaftsbewegung.

Wir befinden uns, trotzdem noch nahezu eine halbe Million Arbeitsloser auf Beschäftigung wartet, in einer sogenannten guten Konjunktur, wenn auch, was auch nicht übersehen werden darf, der rationalisierte Industrieparat noch keineswegs hergibt, was er geben könnte. Aber trotz alledem nach Jahren schleppenden Geschäftsganges zweifellos ein Ansteigen der Konjunktur, die noch vor einem halben Jahre kein Wirtschaftsführer für möglich hielt. Und das Institut für Konjunkturforschung zieht noch eine weitere Besserung der Wirtschaftslage mit einiger Wahrscheinlichkeit in den Bereich der Möglichkeiten. Aber es sind zwei eher ne wirtschaftliche Tatsachen, die die glänzende Konjunktur bald abbiegen und in das Gegenteil kehren müssen. Es ist der Mangel an Kapital und auch der Mangel an Kaufkraft. Diese beiden Dinge sind die unerlässlichen Voraussetzungen für die Weiterentwicklung einer jeden Konjunktur. Aber mit beiden Voraussetzungen ist es zurzeit sehr schlecht bestellt. Die gegenwärtigen Verhältnisse sind sowohl durch einen empfindlichen Mangel auf der Produktions- wie auch auf der Konsumseite gekennzeichnet.

Der Mangel an Betriebskapital macht sich nach der neueren Politik der Reichsbank in Kreditwierigkeiten auf der ganzen Linie bemerkbar. Vielleicht machen sich die Kreditwierigkeiten bei der eigentlichen großen Industrie noch nicht so bemerkbar, aber die Kreditwierigkeiten der kleineren und mittleren Industrie können letzten Endes nicht ohne Auswirkung bei der großen Industrie bleiben. Ist erst das laufende Band der Wirtschaft an irgendeiner Stelle in Unordnung, kann die Störung nicht schnell beseitigt werden, wird der ganze Apparat in Mitleidenschaft gezogen, um schließlich ganz zum Erliegen zu kommen. In diesem Zustand befindet sich aber zurzeit die deutsche Wirtschaft. Die Geldlage ist für die kleine und mittlere Industrie äußerst ungünstig. Die günstige Konjunktur hat sei Monaten im Außenhandel ein Passivsaldo veranlaßt. Seit Jahren ist das Passivsaldo durch Auslandsanleihen gedeckt worden. Aber im Jahre 1927 waren diese Ausgleichsmöglichkeiten sehr gering infolge der Unmöglichkeit der deutschen Wirtschaft, nennenswerte Auslandsanleihen hereinzubekommen. Die Passiva mußte mit kurzfristigem Auslandsgeld und mit Gold- und Devisenbeständen der Reichsbank zum Ausgleich gebracht werden. Im ersten Halbjahr 1927 verminderte sich unter diesen Verhältnissen der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank um etwa eine halbe Milliarde. Da die Reichsbank weiter mit der Passivität des Außenhandels bei gleichbleibender oder weiter aufwärts treibender Wirtschaftsgestaltung rechnen muß und auch weiter damit, daß der Reparationsagent Barzahlungen verlangen kann, so ist die gegenwärtige Politik der Reichsbank, die sich in einer Kredit-einschränkung der Industrie auswirkt, wohl zu verstehen. Denn eine weitere Verminderung der Gold- und Devisenbestände der Reichsbank rückt die Gefahr einer Erschütterung der deutschen Goldwährung mit neuer Inflation in bedeutende Nähe. Aber die Folge dieser Verhältnisse ist die gegenwärtige Kreditknappheit, unter der große Teile der deutschen Wirtschaft zurzeit leiden und die zu Produktionseinschränkungen führen müssen, wenn der Geldmarkt nicht durch Her-einnahmen großer Auslandsanleihen neu belebt werden kann. Die Ausichten hierfür sind nicht sehr günstig, da in neuerer Zeit das amerikanische Geld in näherliegenden Interessensphären, in Kanada, Mexiko und Südamerika Anlage sucht. — Das zweite Gefahrenmoment der gegenwärtigen Konjunktur droht der deutschen Wirtschaft von der Konsumseite her. Es ist der Mangel an Kaufkraft. Wenn auch im Jahre 1927 dank gestiegener gewerkschaftlicher Kraft auch die Kaufkraft von Arbeitern und Angestellten etwas gestiegen ist, so ist diese Steigerung doch nicht genügend, um die Konjunktur vorwärtszutreiben, zumal die Preisuntersuchungen zeigen, daß die Preise anziehen und

dadurch die Kaufkraft weiter vermindert wird. Die seit April erzielten Lohnerhöhungen sind durch die steigenden Preise ausgeglichen und vielfach mehr als das, wenn man die Mieterhöhung in Rechnung stellt.

Jedenfalls zeigt die gegenwärtige Wirtschaftslage bzw. die Preisgestaltung, daß die Rationalisierung der Industrie sich nicht in den Preisen ausgewirkt hat und die Vorteile der Rationalisierung bis jetzt lediglich dem Betriebsmittelhaber genützt hat. Die Preisentung, die die Rationalisierung bringen sollte, wodurch die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger gestärkt werden sollte, ist nicht eingetreten. Es ist unter solchen Umständen eine Futilität, wenn der Reichsverband der deutschen Industrie in einem Schreiben an den Reichswirtschaftsminister davon spricht, die Lohn- und Gehaltsempfänger hätten die Resultate der Rationalisierung durch Lohnkampf schon vorweggenommen.

Die Gewerkschaften tun daher gut, wenn sie sich nicht durch die weitere günstige Wirtschaftslage täuschen lassen. Zu irgendwelchem Optimismus besteht zurzeit keinerlei Ursache. Die gute Wirtschaftskonjunktur kann sich nur weiter günstig entwickeln oder der jetzige Stand gehalten werden, wenn die eingangs erwähnten zwei Gefahrenmomente: Kapitalmangel und Kaufkraftmangel behoben werden können. Die Gewerkschaften haben ein starkes Interesse am Weiterbestehen günstiger Wirtschaftskonjunktur. Den Kapitalmangel beheben, liegt zurzeit noch außerhalb ihrer direkten Wirtschaftseinflüsse. So bleibt ihnen nur die Behebung des zweitgenannten Punktes, des Kaufkraftmangels. Der Weg, den die Gewerkschaften zu gehen haben, ist ihnen bereits vorgezeichnet. Die Vorteile der Rationalisierung hat die Industrie bis jetzt allein eingestekt, die in Aussicht gestellten Preisentungen sind nicht eingetreten, im Gegenteil sind die Preise seit Monaten wieder erneut im Ansteigen. So bleibt den Gewerkschaften zur Verbesserung der Kaufkraft der lohnarbeitenden Massen nur der eine Weg, den der Verbesserung des allgemeinen Lohnniveaus durch weiteren Lohnkampf. Gelingt es nicht durch den Gewerkschaftskampf, die derzeitige kurzfristige Lohnpolitik des deutschen Unternehmertums zu brechen, dann muß unrettbar die jetzige gute Konjunktur in kurzer Zeit zum Erliegen kommen.

Der deutsch-französische Handelsvertrag.

Nachdem der Weltkrieg fünf Jahre lang die internationalen Handelsbeziehungen unterbrochen hatte, schuf der Versailler Vertrag auf dem Gebiete des Handels und Handels über die Grenzen hinaus eine ausgesprochene Anarchie. Einmal war Deutschland verpflichtet, seinen Kriegsgegnern Waren ohne Bezahlung, als Kriegsent-schädigung, zu liefern (Reparationslieferungen). Des anderen verpflichtete der Vertrag Deutschland, den wichtigsten Industrie- und Handelsländern das Recht der Meistbegünstigung zu gewähren, ohne daß diese Länder Deutschland gleichwertige Zugeständnisse im Warenverkehr zu machen brauchten. Deutschland regelt bekanntlich seine handelspolitischen Beziehungen mit anderen Ländern in der Art, daß es diesen das Recht der Meistbegünstigung zugestekt. Das heißt, wenn Deutschland irgendeinem Land eine Erleichterung für Wareneinfuhr einräumt, so geht diese Erleichterung von selbst auf den Warenverkehr aller Länder nach Deutschland über, mit denen wir Handelsverträge abgeschlossen haben. Der Versailler Vertrag bestimmte nun, daß Deutschlands Gegner im Kriege fünf Jahre lang im Besitz der Meistbegünstigung blieben. Eine entsprechende Konzession brauchten sie dafür Deutschland nicht zu gewähren. Damit war Deutschland dazu verurteilt, keinen Handelsvertrag mit anderen Ländern abzuschließen zu können. Das war die Zeit der einseitigen Meistbegünstigung. Hand in Hand mit der großen Warenverzerrung wurde dadurch ein geordneter Warenaustausch internationaler Art völlig brachgelegt. Die Kriegspfeife, die Verlehnung der Wirtschaftsnotwendigkeiten, die bis zum Ruin

Die Hemmungen im internationalen Güterausstausch auf Grund der einseitigen Meistbegünstigung wirkte sich besonders auf den Warenverkehr zwischen Frankreich und Deutschland aus. Als die einseitige Meistbegünstigung dann im Frühjahr des Jahres 1925 aufhörte, ging man auch sofort daran, die handelspolitischen Beziehungen zwischen den beiden großen und wichtigsten Wirtschaftsländern des Festlandes zu ordnen. Die Aufgabe erwies sich schwieriger, als man im Anfange dachte. In beiden Ländern machte sich ein unglücklicher Protektionismus breit, der immer wieder die Verhandlungen komplizierte und der den Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages zwischen Frankreich und Deutschland sehr oft als unmöglich erscheinen ließ. Da man schließlich doch irgendeine Regelung für den Warenverkehr haben mußte, behief man sich mit sogenannten Provisorien. Das sind Abmachungen, die nur einen kleinen Teil des Warenverkehrs erfassen und die gewöhnlich nur einige Monate dauerten. Immerhin bewiesen sie, daß die wirtschaftliche Vernunft bei beiden Völkern sich allmählich wieder einstellte. Aber bei Ablauf dieser Provisorien war es nicht ganz leicht, diese zu verlängern oder ein neues Provisorium zu schaffen. So steckte der deutsch-französische Warenverkehr immer in einem Zustand höchster Unsicherheit. Wenn man nun im Laufe der verfloßenen Woche zum Abschluß des deutsch-französischen Vertrages gekommen ist, so liegt der Vorteil darin, daß er zum mindesten für die nächsten beiden Jahre hinsichtlich des Warenverkehrs zwischen Deutschland und Frankreich eine gewisse Beständigkeit garantiert. Der Vertrag kann praktisch erst im Frühjahr 1929 gekündigt werden.

Durch den Vertrag kommt Frankreich, abgesehen von einigen unwesentlichen Ausnahmen, deren Dauer beschränkt ist, in den Genuß der deutschen Meistbegünstigung, auf die es seit Ablauf der einseitigen Meistbegünstigung nach dem Versailler Vertrag Anfang des Jahres 1925 hat verzichten müssen. Zu den Ausnahmen gehört die Beschränkung der französischen Weineinfuhr nach Deutschland auf 340 000 Hektoliter. Diese Kontingentierung fällt aber 1928 fort. Frankreich gesteht Deutschland das Niederlassungsrecht, die Einreise usw. nach Maßgabe zu, wie das in allen Handelsverträgen vorgesehen ist. Frankreich macht hier nur Ausnahmen für Elsaß-Lothringen, Marokko und Indo-China; jedoch sind diese Ausnahmen nicht grundsätzlicher Natur. Schwieriger liegen die Dinge auf dem Gebiete der Zollfrage. Der vereinbarte Mechanismus ist äußerst schwierig, was sich einmal daraus erklärt, daß Frankreich die Verzollung der Einfuhrwaren ganz anders handhabt als Deutschland, und des andern daraus daß Frankreich seit Monaten an einem neuen Zolltarif arbeitet der eine wesentliche Erhöhung der Zollfrage bringen soll. Die französische Verzollung unterscheidet einen Minimaltarif und einen Generaltarif. Der Minimaltarif enthält die niedrigsten Zollsätze. Er stellt gewissermaßen praktisch eine Meistbegünstigung dar. Die Sätze des Generaltarifs liegen wesentlich höher als die Sätze des Minimaltarifs. Durch Anwendung des Generaltarifs mit seinen Höchstsätzen hat Frankreich die Möglichkeit, die Wareneinfuhr eines Landes zu benachteiligen (Diskriminierung). Der Apparat kompliziert sich aber dadurch noch weiter, daß Frankreich den einzelnen Ländern für die Einfuhr von Waren Zollsätze zugestehen kann, die zwischen dem Minimaltarif und dem Generaltarif liegen. Während Deutschland also praktisch nur einen Zolltarif für eine Ware hat, wird in Frankreich eine Ware verschieden verzollt, je nachdem, aus welchem Lande sie kommt und welche Vereinbarungen dieses Land mit Frankreich getroffen hat. Die Regelung ist äußerst schwerfällig.

In dem jetzt abgeschlossenen deutsch-französischen Handelsvertrag ist die Einfuhr deutscher Waren nach Frankreich auf Grund besonderer Listen vorgesehen. Es gibt eine Liste (A), die Waren enthält, für die der französische Minimaltarif in Betracht kommt. Eine andere Liste (D) umfaßt solche Waren, die nach dem Generaltarif zu verzollen sind. Wie von deutscher amtlicher Seite versichert wird, umfaßt diese Liste D in der Hauptsache solche Waren, die für den deutschen Warenexport nach Frankreich nicht von besonderer Bedeutung sind. Eine dritte Liste (C) zählt Waren auf, die nach einem Satz verzollt werden, der zwischen dem Minimal- und dem Generaltarif liegt. Die

Listen C und D, die u. a. auch Kontingentierung der Einfuhr, z. B. der Weineinfuhr, vorsehen fallen aber Mitte Dezember 1928 fort, so daß für die in den beiden Listen enthaltenen Waren Ende 1928 die praktische Meistbegünstigung auf Grund des französischen Minimaltarifs in Kraft tritt. Um nun die Wareneinfuhr möglichst umständlich zu gestalten, haben die beiden Länder noch eine vierte Liste (B) vereinbart. Sie enthält die hauptsächlichsten Waren, die für den deutschen Export nach Frankreich in Frage kommen. Mit dieser Liste hat Frankreich praktisch einen neuen Minimaltarif geschaffen. Im großen und ganzen liegen die Sätze dieses neuen Minimaltarifs über den Sätzen des bisherigen Minimaltarifs. Diese neuen Sätze werden auch in den bevorstehenden Verhandlungen zwischen Frankreich und anderen europäischen Ländern (Tschchoslowakei, Italien usw.) zur Anwendung kommen.

Gerade nach der Weltwirtschaftskonferenz in Genf und der Rundgebung der Internationalen Handelskammer in Stockholm für den Freihandel ist es äußerst interessant, daß Frankreich im Rahmen des deutsch-französischen Handelsvertrages sein Zollniveau wesentlich erhöht hat. Der Protektionismus wird nicht, wie die Völker es wünschen, abgebaut, sondern man vergrößert ihn.

Im Anschluß an die Fertigstellung des deutsch-französischen Vertrags hat man viel von einem wirtschaftlichen Locarno gesprochen. Wir tun gut, mit einer solchen Anerkennung sparsamer zu verfahren. Gewiß ist die handelspolitische Verständigung mit Frankreich hoch anzuschlagen. Verhandlungen und Vertrag sind aber so vom Geiste eines maßlosen Protektionismus durchsetzt, daß die Bezeichnung „Locarno“, die für uns ein Begriff ist, in dem sich die Wiedkehr wirtschaftlicher und politischer Vernunft ausdrückt, nicht so ganz angebracht erscheint. Vorläufig aber haben wir mit dem Vertrag erreicht, was zu erreichen ist. Nach der Zeit der anarchischen einseitigen Meistbegünstigung haben die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland mal erst wieder eine Grundlage gefunden. Ein freier Warenverkehr wird so erst wieder möglich. Auch die Reparationslieferungen werden eines guten Tages ablaufen, so daß der freie Warenverkehr ganz wiederhergestellt wird. Der Handelsvertrag gibt der deutschen Wirtschaft mal erst die Möglichkeit, sich auf diesen freien Warenverkehr einzuspielen. Nachdem wir wichtige Waren nach Frankreich zwangslieferen müssen, sind wir eigentlich vom freien Warenmarkt abgedrängt zugunsten anderer Länder, die mit uns um den französischen Markt ringen. Durch den Vertrag wird es möglich, die Konkurrenz mit diesen Ländern aufzunehmen!

Der 4. Internationale Gewerkschaftskongress in Paris.

Dem 4. Internationalen Gewerkschaftskongress wohnten 20 Delegierte der gewerkschaftlichen Landeszentralen aus 23 Ländern und 41 Vertreter von 27 internationalen Gewerkschaften bei. Zur Beratung standen die zurzeit aktuellen Probleme der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Im Rahmen dieses Berichtes können wir nicht auf alle Details eingehen, wir müssen uns vielmehr auf eine summarische Darstellung beschränken.

Der Tätigkeitsbericht über die verflochtenen drei Jahre gab Anlaß zu einer ausgiebigen Diskussion. Bei dieser Diskussion traten vor allem die Meinungsverschiedenheiten, die bei den Führern des IGB über die tatsächlichen Fragen der internationalen Arbeiterbewegung vorhanden waren, in Erscheinung. Bei der Erledigung dieser Differenzen ließen sich die Genossen zu stark von persönlichen Motiven leiten, was der Kongress im Hinblick auf die Bedeutung der Bewegung nicht billigen konnte.

Der sachliche Teil des Tätigkeitsberichtes zeigte die Schwierigkeiten auf, mit denen die internationale Arbeiterbewegung in der Berichtsperiode zu rechnen hatte. Die Zahl der Mitglieder der dem IGB angeschlossenen Landeszentralen ging von 16 330 000 im Jahre 1923 auf 13 500 000 Ende 1926 zurück. Erwähnung verdient die Intervention des IGB bei der Aussperrung in Dänemark und bei den streikenden Textilarbeitern in Bombay. Für die englischen Bergarbeiter wurden 4 328 497 holländische Gulden aufgebracht. In der Frage der internationalen Arbeitererziehung wirkte der IGB bei den Tagungen des Internationalen Arbeitsamtes mit. Die Abweisung des Angriffes der Arbeitgeber auf das Nachtarbeitsverbot in den Bäckereien vor dem Internationalen Gerichtshof gehört mit zu den Erfolgen des IGB auf diesem Gebiete.

Zu den einzelnen Verhandlungspunkten hatten die besten Referenten ihre Referate schriftlich vorgelegt.

Bezüglich des organisatorischen Aufbaues des IGB stimmte der Kongress den Beschlüssen der Konferenz der Internationalen Berufssekretariate bei, nach denen die gewerkschaftlichen Landeszentralen die Grundlage des IGB bilden sollen und die Berufsinternationalen nur als ausführende Organe des IGB zu wirken haben.

Die Organisation der Beamten und Angestellten erregte der Kongress für eine Notwendigkeit. Die Organisationen der Angestellten sollen die Unterstützung der Organisationen der Arbeiter erhalten und es sollen die Organisationen bei der Ernennung von Delegierten zu internationalen Tagungen und Kongressen die ihnen zukommende Berücksichtigung finden.

In der Frage der internationalen Solidarität in Sozialistischen Ländern nahm der Kongress den Standpunkt ein, daß den nationalen Zentralstellen die Pflicht zufällt, bei der Eröffnung einer allgemeinen Hilfsaktion unverzüglich den Beschlüssen des IGB Nachachtung zu verschaffen.

Dem Kampf um den Abschluß der Resolutionen forderte alle angeschlossenen Organisationen auf, für die Erhaltung und die Entschärfung des Abschlußartikels alle notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Ueber die wirtschaftliche Lage referierte Genosse Mertens. Der Referent bezeichnete die Rückkehr der Arbeiter von Arbeitslosen zu einer regelmäßigen Arbeit als das dringendste Gebot der Stunde. Eine Bewirtlichung der Forderung könne nur durch die Mitwirkung der Gewer-

schaften auf allen Gebieten der nationalen und internationalen Fragen erreicht werden. Die Rationalisierung könne vom Standpunkt der Gewerkschaften nur dann gebilligt werden, wenn sofort im gleichen Verhältnis eine Steigerung der Reallohne und damit eine Ausdehnung des Marktes erfolge. Ohne Erhöhung der Reallohne und Erweiterung des Marktes müsse die Rationalisierung zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit führen. Der Kongress stimmte der von Genossen Mertens vertretenen Auffassung bei.

Ueber das Thema Kampf gegen Krieg und Militarismus referierte Genosse Souhaug. Der Kongress nahm hierzu eine Resolution an, in der an alle Kriegsgegner der Aufruf gerichtet wird, die Aktion gegen den Krieg und für den Frieden in den Arbeiterorganisationen zu verstärken. Ferner wird erklärt, daß die vom Wiener Kongress festgelegten Grundsätze für die Aktion gegen den Krieg einschließlich des Generalfreizeits ihre Wirkungskraft in vollem Umfange behalten. Die Resolution bestätigt ferner den Grundsatz der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit.

Vorauszusehen war, daß nach der Haltung der führenden Genossen in den Fragen der internationalen Arbeiterbewegung der Kongress zu wichtigen Beschlüssen kommen mußte, um Wiederholungen vorzubeugen. Grundsätzlich wurde beschlossen, den Sitz des IGB nach einem anderen Lande zu verlegen. In Zukunft soll nur ein Generalsekretär bestellt werden. Der Ausschuß des IGB wird zukünftig aus je zwei Vertretern der Landeszentralen und den Mitgliedern des Vorstandes bestehen. In den Vorstand wählte der Kongress die Genossen Hids, England; Souhaug, Frankreich; Mertens, Belgien; Leipart, Deutschland; Madsen, Dänemark und Layerle, Tschchoslowakei. Nachdem Genosse Undergeest seinen Rücktritt erklärt hatte, weil er das Vertrauen aller Landesorganisationen nicht mehr besaß und Genosse Brown von dem Kongress als Sekretär des IGB nicht mehr die Bestätigung erhielt, beauftragte der Kongress den Genossen Saffinbach, bis zur endgültigen Regelung der Bestimmung des Sitzes des IGB und des Sekretärs die Geschäfte des IGB interimistisch zu führen. Der Ausschuß wird sich bei seiner ersten Sitzung mit der Bestellung des Generalsekretärs und des Sitzes des IGB zu befassen haben.

Der Kongress bestimmte weiter eine aus je einem Vertreter der Landesorganisationen zusammengesetzte Kommission mit dem Auftrag, bei dem amerikanischen Botschafter in Paris gegen die Bestätigung der Todesurteile gegen Sacco und Banzetti zu protestieren und deren Begnadigung zu verlangen.

Der Kongress hat, allgemein betrachtet, eine reine Atmosphäre geschaffen und damit gleichzeitig die Voraussetzungen zu einer gedeihlichen Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung. Wir dürfen erwarten, daß die neue Leitung des IGB sich den Aufgaben, die der Kongress von ihr verlangt, gewachsen zeigt.

Zur Diskussion über den Zusammenschluß.

Die Diskussion in der „Verbands-Zeitung“ über den Statutenentwurf und die Verschmelzung wächte sich zu einer Nervosität aus, die uns letzten Endes in der Gewerkschaftswelt lächerlich machen wird. Das ist auch erklärlich, da doch schon auf dem letzten Verbandstag einstimmig die Verschmelzung zugestimmt wurde und auch die Urabstimmung eine starke tragfähige Mehrheit ergab. Jetzt wird man wegen eines Statutenentwurfs einfach zum Gegner der Verschmelzung und bringt nicht den Mut auf, zu der Tätigkeit und Abstimmung des letzten Verbandstages sowie zu der Urabstimmung zu stehen. Wir müssen doch als Männer zu unseren Taten stehen, ohne daß wir deshalb zum Gegner zu werden brauchen, denn die Dinge liegen doch heute auch noch so, daß Härten für die Mitglieder der zu verschmelzenden Verbände von den Verbänden vermieiden werden. Mit erstem Willen läßt sich dies auf dem Verbandstag bemerkstelligen, wenn die Delegierten dieses Verbandstages genau so mannhaft sich dafür einsetzen als wie auf dem Verbandstag von 1925. Es etwas dürfte von unseren führenden Personen nicht vorkommen, daß sie erst alles mitmachen, einen großen Apparat in Funktion setzen und zu guter Letzt hat man gar nichts Kameradschaftliches mehr im Auge.

Das große Schreckgespenst ist doch hauptsächlich heute die Beitragserhöhung zur Invalidentasse, die niedrigen Procente für Verwaltung in den Ortsvereinen, die Unterhaltung der Bezirksbureaus und Verschlechterung verschiedener Unterstützungen. Aber in der Hauptsache bleibt doch die von uns beantragte Alters- und Invalidentenrichtung mit großen Beitragsätzen der Hauptfaktor der Gegnerschaft, obwohl wir sie dringender verlangt haben als die anderen Verbände. Es fragt sich nun, ob wir mit Beiträgen von 2 1/2 Proz. alle Unkosten bestreiten können, wie in unserem Verband, und dies wird man bejahen müssen, wenn man die Vorkriegsbeiträge den heutigen zugrunde legt. Allerdings wird die Voraussetzung sein, daß richtige Beiträge geleistet werden, und da haperis teilweise wegen der niedrigen Beiträge anderer Verbände, die dabei keine schlechten Leistungen haben. Auf alle Fälle können mit dem richtigen Beitragsatz und einem Zuschlag von höchstens 10 Pf. für die Alters- und Invalidentenunterstützung alle Unkosten bestritten werden, und diese Regelung muß Aufgabe des Verbandstages sein, denn an Anträgen wird es nicht fehlen.

Vielles vom Statutenentwurf muß als unbrauchbar im Interesse der Kollegen beseitigt werden und wird dies Aufgabe des Verbandstages sein. Allerdings darf man nicht erst Fragen bürokratischer Art ausfindig machen, wie Auflösung des Verbandes durch Bierjünkel-Majorität. Warum, frage ich, hat man diese Frage nicht schon vor der Urabstimmung den Mitgliedern unterbreitet, denn bestimmt hat kein Mitglied an solche Dinge gedacht und die Urabstimmung der Mitglieder hätte sich dann auch erübrigt, zumal wenn man sieht, wie sich die Stellungnahme der führenden Kollegen seit dem letzten Verbandstag geändert hat. Die Antwort zu allen Vorgängen müßte heute sein, daß die Arbeit von neuem beginnen muß, wie es Kollege Bader in der Nummer 22 der „Verbandszeitung“ am Schluß seines Einleitungsartikels gesagt hat, und dies müßte der Verbandstag machen, denn genau so, wie es bei den Müllern ging, geht es auch jetzt, nur dürfen die

Kollegen nicht alle Augenblicke ihre Ansicht ändern. Wählt Freunde der Verschmelzung, und die Verschmelzung wird gelingen, ohne daß Schädigungen der Mitglieder in Frage kommen, und in einigen Jahren werden wir ein großes Stück weiter sein und an Einfluß auf allen Gebieten gewinnen. Georg Wehmann, Gotha.

Die Verbandszeitung wird augenblicklich mit Zuschriften über die Verschmelzung sehr in Anspruch genommen und dürfte der Platz bald frei werden für andere notwendige Anregungen und Bildungszwecke. Aus diesem Grunde sei meine Ansicht zur Verschmelzung kurz gegeben.

Nach wie vor bin ich Befürworter der Verschmelzung. Die Aengste, die gegen das Statut zum Ausdruck gekommen sind, dürfen keinen Delegierten gegen die Verschmelzung stellen. Die Entwicklung, der Ausbau, die Verwaltungsmaßnahmen bewegen sich seit Bestehen der freigewerkschaftlichen Bewegung unter einer ständigen Prüfung und unterliegen einer steten Kontrolle. So wie das Unternehmertum ständig auf Mittel und Wege sinnt, gegen das Bollwerk der Gewerkschaften anzurennen, müssen auch wir sinnen und durch große Industrieverbände einen guten Unterbau für ein größeres Bollwerk schaffen. Auch in diesem Bau wird zur gegebenen Zeit manche Umänderung notwendig sein, so auch in den Statuten, die einmal dazu gehören.

Die Meinung der Verschmelzungsgegner, früher vielleicht eifrige Agitatoren für den Industrieverband, wird das Unternehmertum schmunzelnd in den Lehrstühlen drücken. Sie werden erleichtert aufatmen, daß noch eine Periode verfließen soll, daß ihren Trübsen, Konzernen usw. kein Gegengewicht gestellt werden soll. Ich neige der Sicherheit zu, daß je eher, je besser es für die Mitglieder der in Betracht kommenden Verbände ist, den Industrieverband zu gründen, d. h. trotz alledem für die Verschmelzung alles zu tun. Es kann und wird eine Zeit kommen, wo zwangsläufig die in Frage kommenden Verbände zu Industrieverbänden vereinigt werden müssen und bis dahin haben wir dann manche Klippe überwunden und im Industrieverband eben entsprechende Einrichtungen geschaffen.

Gesagt muß werden, daß diejenigen Kollegen, die glauben, die Einrichtungen, Kassenverhältnisse und Unterstützungserformen im Verband der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter seien in einem bedenklichen Zustand, sich dennoch zu wenig mit dieser Frage beschäftigt haben. Zum Beispiel bestreite ich dem Kollegen Fr. Hornig, Leipzig, gegenüber, daß die Mehrzahl der weiblichen Mitglieder im „Denag“ nur 10 Pf. Wochenbeitrag zahlen. Richtig wird sein, daß die weiblichen Mitglieder dort, entsprechend dem Verdienst, gleich uns Beiträge entrichten. Und so sind noch eine Reihe anderer Gedanken nicht richtig. Auch den anderen Verbänden, es komme von welcher Seite es auch sei, darf nicht so frant und frei angekreidet werden, sie suchen nur bloß ein Unterkommen. Jeder Verband hat seine Eigenheiten und daß diese bei einer Vereinigung gegenseitig ineinandergefügt werden müssen, ist wohl nicht zu bestreiten.

Sollte wirklich unter den Verbänden ein stärkerer vorhanden sein, so muß geeintes Wollen dem schwächeren helfen und wäre dann die Pflicht noch notwendiger, den „Industrieverband“ zu schaffen. Es gab eine Zeit, wo durch die Inflation viele Kollegen der Organisation den Rücken lehrten. Sind wir damals verzagt? Nein, durch zähe Arbeit, rastlose Tätigkeit und Agitation wurde manche Scharte wieder ausgekehrt und mancher Flüchtling zurückgeholt. Ziemlich alle erschütterten Unterstützungseinrichtungen wurden mitvoll von den treuen Mitgliedern getragen. Und geht man noch tiefer, wird sofort klar, daß der Satzungsentwurf kein Hindernis für den Industrieverband sein darf, es ist eben nur ein Entwurf.

Wenn man ein Teil, nicht alle, direkt gegen die Verschmelzung glauben schreiben zu müssen und auch nur Verschmelzungsgegner zu diesem Verbandstag empfehlen, so sei mir gestattet, auszurufen: Wählt Delegierte, die für die Verschmelzung der vier Verbände sind. Emsiges gemeinsames Ringen führt auch im neuen Verband zum Gelingen. Heinrich Seidig, Leipzig.

Kurz vor dem Ziele gerät der Wanderer ins Stoden und dichter Nebel umhüllt sein Haupt, so daß es ihm fast unmöglich wird, das kurze Ende Weges noch durchschreiten zu können.

In diesem Motto könnte man wohl die augenblickliche Situation der Verschmelzung zusammenfassen. Es ist wohl gestattet, die Verschmelzungsgegner auf einige Widersprüche aufmerksam zu machen, wo sie versuchen, Verschleierungen in die Gedankengänge der Kollegenschaft hineinzutragen.

Es wird immer auf der Berufsorganisation herumgeritten. Haben wir in den letzten 20 Jahren überhaupt noch eine Berufsorganisation gehabt? In demselben Moment, wo alle Brauereiarbeiter im Verbande aufgenommen werden konnten, hat die Berufsorganisation ihr Ende erreicht; es entstand eine Industriegruppe. Als 1910 die Müller noch hinzutamen und im Laufe der Jahre noch alle möglichen Berufs- und Industriearten eingezogen wurden, war der Weg zum Industrieverband klar vorgezeichnet. Die Küfer sollen mit Freuden aufgenommen werden; auch die Verschmelzungsgegner haben Sympathie hierfür.

Mit welchem Namen man eine derartige Logit bezeichnen soll, weiß ich nicht, hier läßt sich ein passender Ausdruck im Logikon nicht finden. Die Bäcker und Metzger sollen uns den Bankrott bringen. Als einzelne Organisation bestehen sie ungefähr so lange wie wir. Selbst wenn die Verschmelzung nicht zustande kommen sollte, werden beide Organisationen lebensfähig bleiben. Nur wenn sie sich mit uns verschmelzen, dann kommt der Bankrott. Warum? Sie sollen dieselben Beiträge bezahlen und zwar bedeutend höhere als jetzt. Bei den niedrigen Beiträgen leben sie, bei den höheren sterben wir. Eine solche Mathematik kann kein Mensch mehr verstehen. Auch die Arbeitslosigkeit in den beiden Organisationen wird häufig erwähnt. Soll man hier nicht auch einmal zu einem Normalzustand gelangen? Sicher dürften auch hier die schlimmsten Jahre überstanden sein. Wir haben alle die Hoffnung, müssen sie haben, daß die Verhältnisse in Deutschland sich zum Besseren konsolidieren müssen und werden.

Anträge zum 23. Verbandstag.

(Schluß von Seite 142.)

§ 51 Ziff. 9 Abs. 1.

Cauterberg. In der dritten Zeile einfügen: Eine geheime Abstimmung von mindestens fünf Sechstel aller für den Betrieb in Betracht kommenden Verbandsmitglieder erfolgen. Bei mehreren in Betracht kommenden Betrieben muß jeder Betrieb einzeln abstimmen.

§ 56 Ziff. 1.

Frankenthal. Die Ziffer ist zu streichen.

§ 56 Ziff. 2.

Altenburg. Die Ziffer ist zu streichen.

Duisburg. Magdeburg. Leipzig. Freiburg i. B.

Gumbinnen. Elbing. Rastenburg. Schönebeck. Tilsit. Die statutarischen Ausgaben, welche in den Ortsvereinen aus allgemeinen Verbandsmitteln neben den im Statut besonders genannten gemacht werden dürfen, sind wie folgt umgrenzt: Ausgaben für Agitation und Lohnbewegungen sowie Verwaltung persönlicher und sachlicher Art als Fahrgehalte, Diäten, Entschädigung von Lohnausfällen, Sitzungsgelder und Porto.

Erfurt. Wie vorstehender Antrag mit folgendem Zusatz: Delegationskosten, soweit Delegationen durch die Organisation beordert sind.

Waldenburg. Desgleichen mit Zusatz: Beiträge hereinholen.

Berlin. Streichung der Worte: Agitation, Verwaltung und Lohnbewegungen.

Cöthen. Wurzen. Bayreuth. Düsseldorf. Solingen. Prozente und Ausgabenlastentragung bleiben wie bisher.

Erfurt. Elbing. Tilsit. Rastenburg. Gumbinnen. Freiburg i. B. Leipzig. Duisburg. Breslau. Altenburg. Mit Angestellten 5 Proz., ohne Angestellten 8 Proz.

Magdeburg. Schönebeck. Mit Angestellten 4 Proz., ohne Angestellten 6 Proz.

Fürstberg i. M. Ortsvereine erhalten 12 Proz.

Straubing. Wolfach. Frankfurt a. M. Erlangen.

Paffau. Nürnberg. Bamberg. Ansbach. Schwabach. München.

Eraunstein. Rosenheim. Reichenhall. Chemnitz. Crimmitschau.

Neustadt a. S. Memmingen. Heidenheim. Würzburg. Utm.

Heilbronn. Hof. Ortsvereine erhalten 15 Proz.

Lübz. Ortsvereine erhalten 18 Proz.

Bochum. Greiz. Ortsvereine erhalten 20 Proz.

Arnstadt. Ortsvereine erhalten 25 Proz.

Waldenburg. Für Sitzungen werden zwei Stundenlöhne vergütet, die nicht überschritten werden dürfen.

§ 56 Ziff. 2 Abs. 2.

Breslau. Freiburg i. B. Soweit diese 5 bzw. 8 Proz. zur Bestreitung der Lokalausgaben nicht ausreichen usw.

Arnstadt. Soweit diese 25 Proz. usw.

Plauen. Soweit diese 10 Proz. usw. — sind die Mehrausgaben von der Hauptkasse zu decken.

Sonstige Anträge.

Mannheim. Herausgabe einer Zeitschrift über arbeitsrechtliche und Betriebsratsfragen.

Antrag, falls Verschmelzung scheitert.

§ 53 Ziff. 1 (altes Statut).

Mannheim. Eintägige Wartezeit bei Streikunterstützung fällt weg.

Halle a. S. Entsendung einer Delegation nach Rußland zur Untersuchung der Lage und Organisationsverhältnisse der Nahrungsmittelarbeiter.

Antrag zum Verbandstag.

Karlsruhe. Der nächste Verbandstag wird in Karlsruhe abgehalten.

Weiß man schon mit mathematischer Genauigkeit, daß auch unsere Organisation von allen Gefahren verschont ist? Vielleicht werden wir einmal froh sein, daß die Verschmelzung zustande gekommen ist. Noch eine andere Gefahr! Wenn die Verschmelzung im Verkehrsverbände mit ihrem Sozialis greifbare Gestalt annimmt und der Appetit zum Aufsaugen der gleiche bleibt wie augenblicklich, besteht da nicht auch eine große Gefahr für uns, zertrümmert zu werden? Warum soll für die Gewerkschaften gerade das gefährlich sein, was für die wirtschaftlichen Faktoren im Unternehmertum als unumstößlicher Beweggrund angesehen wird, Mäheren zu überwinden. Werden wir in den Arbeiterorganisationen von anderen Gesetzen bestimmt? Wer gibt klare Antwort hierauf?

Auch Belange wirtschaftlicher Art werden herangezogen, um der Verschmelzung den Todesstoß zu versetzen. Ich verweise nur auf die Zollpolitik. Da steht die Organisation schon im Kreuzfeuer ohne weitere Verschmelzung. Bei der Differenziertheit werden wir niemals einen geraden Weg finden. Es geht uns hier nicht besser und schlechter wie allen übrigen Organisationen mehr oder weniger. Daß unsere Lohnpolitik in den ersten Jahren für einen Teil sich etwas schwieriger gestalten wird, das wissen wir. Soweit schon feste Grundmauern stehen, dürfte an denselben sicher nicht gerüttelt werden. Kleine Zudungen haben wir in den letzten Jahren auch ohne Verschmelzung erleben müssen.

Ich komme zum Statuentwurf selbst, der von den Verschmelzungsgegnern als letztes Mittel versucht wird, den mehr oder weniger Egoisten die Scheuklappen umzuhängen, sie berge zu machen und Verwirrung anzurichten.

Hier ist von einigen Kritikern mit Recht darauf hingewiesen worden, daß Kollege Hodapps Appell an die Kollegenchaft nicht das geeignete Propagandamittel war. Auch die vorsichtige Meinung, die Kollege Bader in seinem Begleitwort zum Entwurf gegeben hat, wäre besser weggeblieben. Die Stellungnahme der Kritiker zeigt, daß sie — die Meinung — unrichtig verstanden worden ist. Daß eine solche Frage mit Impuls behandelt wird, zeugt nur für den gesunden Geist der Organisation. Kein Vernünftiger wird daran glauben, daß man durch die Verschmelzung in eine Zwangsjacke gerate.

Daß der Entwurf noch umgemodert werden muß, das werden die vielen Anträge beweisen, die wir noch zu lesen bekommen werden. Ich glaube nicht, daß die Delegierten, die nach Leipzig gehen, nur: Zuhörer sein wollen. Sie werden meiner Ansicht nach ein recht lebhaftes Bedürfnis zum Handeln haben. Das demokratische Prinzip, das wir

Gott sei Dank noch haben, sagt ja, daß der schwächere Teil dem stärkeren sich zu fügen hat. Fest steht, daß in Leipzig stark gewürfelt wird, und wie die Würfel auch fallen mögen, nicht als Sieger oder Besiegter soll der Kampfplatz verlassen werden, sondern das Bewußtsein muß wach bleiben, daß jeder glaubt, für die Organisation das Beste gewollt zu haben.

Auf den Entwurf selber will ich nicht näher eingehen. Wir haben unsere Anträge gestellt, die Kollegenchaft wird Gelegenheit finden, dieselben zu studieren. Auch wird unser Delegierter sie in Leipzig in aller Offenheit vertreten. Nur über die Ziffer I § 1, wo eingangs die Berufsgruppen zusammengefaßt sind, die in Zukunft alle zu uns gehören sollen, muß ich noch sagen, daß die Kommission etwas ängstlich zu Werte gegangen ist. Wenn man einen Industrieverband schafft, dann müssen, ich betrachte das als oberstes Gesetz, aber auch alle Gruppen und Industrien, die Lebensmittel erzeugen, verarbeiten und handeln, zu uns gehören und in Anspruch genommen werden, sonst ist der Zweck verfehlt. Falsche Rücksichtnahme hat hier keinen Boden. Auch der ADGB dürfte keinen anderen Weg weisen können.

Im Punkte Auflösung des Verbandes stehe ich auch auf dem Boden des Kollegen Supper-Bielefeld und will kein Wort mehr wie nötig hierzu verlieren, da Supper seinen Standpunkt klar umrissen hat.

Möge über dem Leipziger Verbandstag der Geist Martin Ehels stehen! B. Obermann, Dortmund.

Die Kollegen in Deutschland werden sich gewiß darüber nicht wundern, daß ich die Vorgänge in der Organisation mit einiger Aufmerksamkeit verfolge. Hierzu bin ich nicht nur als Vorsitzender des österreichischen Verbandes verpflichtet, es veranlaßt mich auch eine jahrzehntelange Freundschaft mit einer großen Zahl deutscher Kollegen und eine alte Anhänglichkeit an den Verband, dessen Mitglied ich auch einst gewesen. Ich verfolge, soweit es meine Zeit erlaubt, seit Jahren die Bestrebungen in Deutschland einen Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband zu errichten, und habe die einzelnen Phasen dieser Bestrebungen in Erinnerung behalten. Als aufrichtiger Freund will ich vorweg sagen, das die Diskussion über diesen Gegenstand, der seit Jahren auf der Tagesordnung steht, mich einigermaßen befremdet. Ich erinnere mich noch der Zeit, in der der Deutsche Verband der Brauereiarbeiter uns als Vorbild gegolten, und ich gestehe, daß ich stets mit großer Freude an euren Verbandstagen teilgenommen habe, habe ich doch von dort manche Anregung, die ich dann bei uns anwenden konnte, mitgebracht. Auf dem Verbandstag in Dresden im Jahre 1922 habe ich meinem schmerzlichen Gefühl Ausdruck verliehen, daß die Auffassung über gewerkschaftliche Aufgaben und gewerkschaftliche Taktik in Deutschland sich von der in Oesterreich wesentlich unterscheidet und ich bemerke seit jener Zeit, daß wir in diesen Auffassungen uns immer mehr voneinander entfernen. Ich beklage diesen Zustand auch deshalb, weil wir gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Oesterreich unentwegt den Anschluß an Deutschland anstreben und ist dieser Anschluß einmal vollzogen, eine Vereinigung der Gewerkschaften beider Staaten automatisch zu erfolgen haben wird. Ich befürchte daher, daß diese Vereinigung der Gewerkschaften dann sich nicht reibungslos wird vollziehen können.

„In die Ecke mit der Zeitung,“ so beginnt Kollege Schanze, Sondershausen, eine kurze Bemerkung in der Nummer vom 13. August, und diese kurze Bemerkung möchte auch ich unterstreichen und sie ist der eigentliche Anstoß, weshalb auch ich zu dieser Diskussion das Wort ergreife. Auch hat mich hierzu der Umstand bewogen, daß ich in Fragen des Zusammenschlusses im Laufe der Jahrzehnte in Oesterreich einige Erfahrung gesammelt habe.

Bis zum Jahre 1905 zählten wir im alten Oesterreich sieben Organisationen der Brauereiarbeiter und Fassbinder. Die schönste Zerspaltung hatten wir in den Alpenländern, wo eigene Organisationen der Brauer, der Fassbinder und der Hilfsarbeiter entstanden. Wir haben zwei Jahre gebraucht, bevor es gelungen ist, aus diesen sieben kleinen, leistungsunfähigen Gebilden einen Verband der Brauereiarbeiter und Fassbinder in Oesterreich zu schaffen. Und wenn ich heute die Diskussion in der „Verbands-Zeitung“ lese, werden die dort vorgebrachten Argumente Jugenderinnerungen in mir. Beiträge und Unterstützungssätze spielten eine große Rolle bei den damaligen Auseinandersetzungen. Die Demokratie fühlte sich verkehrt, denn es bestand die Gefahr, daß nach dem Zusammenschluß Wien kommandieren werde und die anderen werden „zahlen und das Maul halten“ müssen. Die Frage der Anstellungen spielte eine große Rolle und als es unter einem Druck der Oesterreichischen Gewerkschaftskommission doch zu dem Zusammenschluß kam, behaupteten alle diese kleinen Vereinen, sie hätten unermeßliche Opfer gebracht. Nichtsdestoweniger hatten wir dem Zusammenschluß zu verdanken, daß wir drei Jahre später zu den bedeutendsten Gewerkschaften Oesterreichs gezählt wurden, daß wir von Erfolg zu Erfolg schritten, daß die Lebenshaltung der Brauereiarbeiter in kurzer Zeit eine nie geahnte Höhe erreichte. Im Jahre 1915 kam die Vereinigung mit den Mühlenarbeitern zur Tagesordnung. Dieselben Argumente, Ausreden, Befürchtungen kamen zum Vorschein. Beitragshöhe, Unterstützungssätze, Kommandieren, Maulhalten-müssen, Darbringen von Opfern, waren zu hören. Die Vereinigung war für beide Teile nur von Vorteil begleitet. Im Jahre 1919 haben wir über die Errichtung eines Lebens- und Genussmittelarbeiter-Verbandes in Oesterreich diskutiert. Die Unterschiede der Beiträge, der Unterstützungszweige schienen unüberbrückbar. Jeder Verband brachte unermeßliche Opfer der Idee des Zusammenschlusses. Gegenseitige Vorwürfe, man wolle kommandieren, man sei zum Maulhalten verurteilt, die Demokratie werde Schaden leiden, konnte man bei jeder Zusammenkunft hören. Mit heißen Herzen wurde der Vereinigung zugestimmt, weil es die Vernunft diktierte. Und heute ist jede einzelne Branche davon überzeugt, daß, wenn wir uns nicht vereinigt hätten, wir alle nacheinander unter die Räder gekommen wären.

Die Kollegen in Deutschland können sich nun darüber eine Vorstellung machen, mit welchen Empfindungen ich ihre Diskussion zum Zusammenschluß lese. Wir in Oesterreich sind so weit, daß die Höhe der Beiträge und die Unterstützungssätze eine nebensächliche Rolle spielen. Ohne viel zu reden

wird der Gewerkschaft der Beitrag gegeben, den sie zur Aufrechterhaltung ihrer Kampffähigkeit und ihres Verwaltungsapparates benötigt. Neben der staatlichen Arbeitslosenversicherung und den Kostenausgaben sind die Unterstufungen der Gewerkschaften von untergeordneter Bedeutung. Es fällt auch bei uns keinem Kollegen ein, mit der Höhe der Beiträge oder der Unterstützungssätze zu agitieren und unser Verband hält den Vergleich der inneren Festigkeit mit manchen anderem aus, wenn wir auch bei einem Mitgliederstande von 41 000 insgesamt, d. h. einschließlich der Verwaltung, nur 25 Angestellte haben. Wir können uns überhaupt mit unseren Zahlen sehen lassen. Oesterreich hat ein Elftel der Bevölkerung Deutschlands und wir haben 9000 Bäcker organisiert, Deutschland 19 000. In der Getreide- und Mühlenindustrie zählen wir mehr als 12 000 Mitglieder. Wir in Oesterreich sind der Meinung, daß die Vereinigung nur zu einer Erstarkung führt, daß für die Gewerkschaftsbewegung Schlagfertigkeit und Kampffähigkeit die erstrebenswertesten Eigenschaften sind. Die Vereinigung ist bei uns in einer solchen Form durchgeführt worden, daß das Eigenleben der Branchen nicht unterbunden wurde. Die innige Vereinigung, das feste Zusammenwachsen der einzelnen Gruppen zu einem gemeinsamen Gebilde, ist ein Prozeß von Jahren, das kann man auf keinem Verbandstag beschließen und durch die beste Geschäftsordnung nicht erreichen, dazu gehört allerdings feste Ueberzeugung, guter Wille und Geduld. Und wenn unsere deutschen Kollegen den Zusammenschluß anstreben zwecks Erreichung einer größeren Machtposition innerhalb der Gewerkschaft und eingedient des Zieles unserer Bewegung, die Uebernahme der Macht und der Wirtschaft, dann müssen ihnen Beitragshöhe und Unterstützungssätze kleinlich erscheinen, wie sie es in Wahrheit sind.

Wir sind im Laufe der Jahrzehnte auf unserem Wege ein großes Stück weitergekommen, unsere Aufgaben werden immer größer und schwieriger. Wer sich dieser Aufgaben bewußt ist, der hat keine Bedenken, seiner Ueberzeugung persönliche Opfer zu bringen; dies um so mehr, als diese Befürchtungen völlig unbegründet sind. Die Tatkraft der Errichtung eines Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verbandes in Deutschland würde jeder einzelnen Branche neue Kräfte verleihen und jeder einzelnen den Ansporn geben, auf allen Gebieten mit den anderen gleichen Schritt zu halten. Und wenn ein Kollege in der Diskussion befürchtet, daß dann die Grenzstreitigkeiten größer werden, dann überfieht er völlig, daß die Grenzstreitigkeiten unvermeidlich sind und daß sie ein großer Verband mit mehr Aussicht auf Erfolg führen wird, als wenn die einzelnen Gruppen allein dem Fabrikarbeiter- oder dem Transportarbeiter-Verband gegenüberstehen.

Ich schließe mit dem Wunsche, daß auf eurem nächsten Verbandstag der Geist meines unvergeßlichen Freundes Ehel auch besetzt und ihr über kleinliche Feind die große Sache nicht vergesst. Stefan Supperl, Wien.

Es ist schon viel über und gegen die Verschmelzung geschrieben worden. Ich werde einmal andere Momente herausheben, die ebenfalls eine große Rolle spielen. Die Gewerkschaftsbewegung ist entstanden aus den ehemaligen Gilden und Zünften. Während des Sozialistengesetzes kannte man nur Unterstützungsvereine, die sich dann nach Aufhebung des Sozialistengesetzes zu großen Gewerkschaftsverbänden entwickelt haben, bis 1914 durch den Weltkrieg ein Stillstand eintrat. 1918 sind dann die Gewerkschaften zum Organ öffentlicher Ordnung geschaffen worden, und sind aufgebaut auf Grund sozialer Arbeitsverhältnisse. Die Gewerkschaften haben früher nur nackte Berufsinteressen vertreten. Durch den Krieg sowie die Nationalisierung sind heute meistens angelehrte und ungelernete Leute in den Industrien beschäftigt. Der gelernte Beruf kann nur noch als qualifizierter Beruf angesehen werden. Da nun der gelernte Beruf heute nicht mehr die Gewerkschaftsbewegung beherrscht, so ziehe ich den Schluß, daß die Berufsvertretung durch die Industrieorganisation verdrängt worden ist, und nur noch als Einheitsorganisation zu betrachten ist. Es werden daher nur noch die Gesellschaftsinteressen aller Lohnarbeiter geregelt. Entscheidend ist nicht der Beruf, sondern der Industriezweig. Gesellschaftlich wirtschaftliche Bedeutung hat der Beruf heute noch eine qualifizierte Stellung, ist aber nicht hegeiznet in der Gesamtorganisation. Der Kampf um soziale Verbesserungen, Arbeitsvertrag, neben wirtschaftlichen und ökonomischen Verbesserungen, ist nicht mehr mit den einzelnen Berufen zu führen, sondern gegen die gesamte Industrie. Der Ausgangspunkt der Gewerkschaften ist die gesellschaftliche Macht der Arbeiterklasse. (Keine Klassenlage.) Sie ist eine Organisation von Lohnarbeitern, deren Existenz zu regeln, zu wahren und zu fördern. Die Solidarität der Lohnarbeiter ist die gemeinsame Klassenbildung derselben. Das Gefühl des Menschen, der Ausgang ist das Klassenbewußtsein. Die Klasse ist das Prinzip der gesellschaftlichen Entwicklung durch die Kapitalbildung. (Klassenkampf.) Die Kapitalentwicklung ist heute in Deutschland durch Trusts, Kartelle, Konzerne gekennzeichnet. Zusammengefaßt in feste Arbeitgeberorganisationen, die nur vier Gruppen bilden. Dieselben sind entstanden nach dem Grundsatz, daß Druck Gegendruck erzeugt, sie sind die Organisation der gewerblichen Unternehmerschaft zur Regelung ihres Verhältnisses zu den organisierten Arbeitern. Aus all diesem Angeführten ergibt sich die Tatsache, ebenfalls festzusammengefaßt Organisations zu schaffen. Wenn auch das uns vorgelegte Statut bei fast allen keinen Anklang gefunden hat, so beweisen doch die innerhalb Deutschlands eingehenden Änderungsanträge, nebenbei bemerkt, wird es wohl zu keinem Verbandstag eine solche Menge Anträge gegeben haben, daß es mit der Verschmelzung ernst gemeint ist. Ich glaube aber heute schon sagen zu können, daß durch die vielen Anträge eine Einigung nicht erzielt werden wird, dann soll man aber nie wieder derartige Versuche unternehmen. Die Verschmelzung mit den Bäckern wird von allen anerkannt, hingegen der Bäcker und Fleischer sich eine große Antipathie herausgebildet hat. Alles in allem zusammengefaßt:

Entweder bringt der Leipziger Verbandstag einen großen Industrieverband, wenn nicht, so Ausbau unseres jetzigen Verbandes mit den Bäckern zu einer starken Einheitsorganisation. Joh. Sander, Dresden.

Arbeitsrecht.

Entlassung eines Betriebsratsmitgliedes auf Grund unberechtigter Verdächtigung. Zur Zahlung verurteilt. Beleidigung in Abwehr. Feststellungsklage abgewiesen.

Die Engelhardt-Brauerei in Sangerhausen verhängte im August v. J. ein Betriebsratsmitglied der Teilnahme am Bierdiebstahl und hat daraufhin den betreffenden Kollegen entlassen. Vor dem Amtsgericht (Urteil vom 11. Januar 1927) konnte die Brauerei für ihre Behauptungen den Beweis nicht erbringen, weshalb die Entlassung als unbegründet und ungerechtfertigt erklärt und die Brauerei zur Weiterbeschäftigung und zur Zahlung des ausgefallenen Lohnes verurteilt wurde.

Gegen dieses Urteil erhob die Brauerei Einspruch und beantragte Feststellungsklage beim Landgericht in Nordhausen. Dabei wurde durch Zeugenaussagen festgestellt, daß der entlassene Kollege an dem Bierdiebstahl überhaupt nicht beteiligt, ja nicht einmal Mitwisser davon war. Das Gericht war der Meinung, daß selbst wenn der Entlassene Mitwisser gewesen wäre, dies allein kein Grund zur Entlassung habe sein können. Es sei Sache der Brauerei, solche Missetatler zu unterbinden. Auch wenn der Entlassene in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang der Diebstahlsbeschuldigung sich dritter Person gegenüber geäußert habe, der Direktor sei ihm egal, er sei kein Ehrenmann, so enthalte dies an sich zwar eine Beleidigung, jedoch unter den gegebenen Umständen, weil der Direktor auf einen anonymen Brief hin den Entlassenen verhängte, keine so große und schwerwiegende, daß dem Direktor ein Fortsetzen des Arbeitsverhältnisses nicht zugemutet werden könne. Diese Bemerkung sei in einer begrifflichen Erregung gemacht worden. Ein gelegentliches Schimpfwort rechtfertige nicht die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, noch weniger dann, wenn wie im vorliegenden Falle in bezug auf den Entlassenen von der Gegenseite das Schimpfwort Spitzbube gebraucht worden sei.

Die Entlassung sei daher nicht rechtswirksam erfolgt, sie gelte nach § 96 Abs. 3 des N. G. als zurückgenommen und sei daher die Brauerei zur Lohnzahlung verpflichtet. (Urteil der II. Zivilkammer vom 31. Mai 1927, 2 S 4427.)

Nicht weniger als sieben Gerichtstermine haben in dieser Klagefache stattgefunden und werden zur Feststellung des ausgefallenen Lohnes noch einige notwendig werden. Schon jetzt dürften die Gerichts- und Rechtsanwaltskosten den Betrag von 3000 Mk. erreichen. In ihrem Kampfe gegen mißliebige Betriebsräte lassen es sich die Unternehmer etwas kosten.

Aus der Industrie.

Brauereiergebnisse.

Eisenach. 6 Proz. Dividende verteilt die Aktien-Brauerei Eisenach, während der Reingewinn 10 Proz. und der Bruttogewinn 21 Proz. beträgt. Die Firma hat ein Kapital von 2045 000 Mk.

Apolda. 10 Proz. Dividende schüttet die Vereins-Brauerei Apolda aus. Der Bruttogewinn stellt sich auf über 70 Proz., er beträgt 211 000 Mk. bei einem Kapital von 272 000 Mk. Zur Abschreibungen verwendet die Firma 114 000 Mk., so daß an Reingewinn noch 87 000 Mk. verbleiben.

Worbis. Bei der Worbis-Brauerei Aktien-Brauerei befreit sich das Kapital auf 625 000 Mk., der Bruttogewinn auf 22 Proz., der Reingewinn auf 12 Proz.

Esch. Einen Bruttogewinn von 35 Proz. und einen Reingewinn von 16 Proz. erreichte die Steigerbrauerei, vormals Gebrüder Treitschke. Das Firmkapital beläuft sich auf 700 000 Mk.

Coburg. Noch günstiger liegen die Verhältnisse bei dem Söbrenhaus Coburg. Dort erreichte man einen Reingewinn von 427 000 Mk. bei einem Kapital von 1 100 000 Mk., also fast 39 Proz. Abschreibungen betragen 75 000 Mk. Die Ausgaben für Gehälter und Löhne waren zusammen noch nicht so hoch wie der Reingewinn.

Greiz. Auf etwa 23 Proz. stellt sich der Bruttogewinn bei der Vereinsbrauerei A. G. Greiz. Einem Kapital von 800 000 Mk. stehen in der Aufstellung Abschreibungen von 23 000 Mk. (10 Proz.) und ein Reingewinn von 165 000 Mk. gegenüber.

Kammberg a. d. Saale. Die Fernenbrauerei A. G., vorm. Adolf Schröder, hat bei einem Kapital von 495 000 Mk. nach 20 000 Mk. Ueberweisung auf Vorkredit-Konto (Abrechnung für festschuldner) einen Gewinn von 22 000 Mk. (10 Proz.) erreicht und daneben 30 000 Mk. für Abschreibungen verwendet.

Sonneberg. Hier verteilte die Bierbrauerei Sonneberg (Kapital 150 000 Mk.) 10 Proz. Dividende. Der Reingewinn lautet bei 23 000 Mk. (15 Proz.); abgeschrieben wurden nur 1800 Mk.

Dresden. 12 Prozent Dividende verteilte die bekannte Societätsbrauerei Waldschlößchen. Geschäftlich höher als der 15 Proz. des Aktienkapitals betragende Reingewinn (330 000 Mk. von 2,16 Millionen Mark Kapital) sind die Abschreibungen, die allein 508 000 Mk. = 23 Proz. betragen. Somit ergibt sich ein Bruttogewinn von 38 Proz.

Ratzeburg. 3 Proz. Dividende schüttet die große Brauerei zum Felsenkeller (Kapital 9 Millionen Mark) bei Dresden aus. Auch hier sind neben dem Reingewinn von 416 000 Mk. noch 43 000 Mk. für Abschreibungen vorhanden, so daß sich ein Bruttogewinn von 10 Proz. ergibt.

Regen. Etwa 23 Proz. beträgt der Bruttogewinn bei der Aktienbrauerei Reihner Felsenkeller in Regensburg. Die Einzelheiten des Abschlußes lauten: Aktienkapital 480 000 Mk., Reingewinn 70 000 Mk. (14 Proz.), Abschreibungen 44 000 Mk.

Leipzig. Von dem 136 Millionen Mark Kapital der Leipziger Bierbrauerei zu Rembitz, Kiebitz u. Co., werden als Bruttogewinn 3 330 000 Mk. angegeben, also fast 18 Proz. Die Dividende wird auf 6 Proz. festgesetzt, während der gesamte Reingewinn fast 9 Proz. beträgt. Die Bilanzsumme (d. h. alle Aktien oder alle Passiven) betragen nicht weniger als 3 730 000 Mk., das ist fast doppelte Kapitalhöhe. Fast genau hoch wie der Reingewinn sind die Abschreibungen der Aktienbrauerei Gohlis in Leipzig. Beide zusammen betragen 1 500 000 Mk. und stellen 16 Proz. des Aktienkapitals von 12 Millionen Mark dar. Die Dividende lautet auf 7 Proz.

Zwickau. Während sich der Reingewinn bei der Aktienbrauerei Zwickau-Glauchau auf 106 000 Mk. = 12 Proz. des Kapitals von 890 000 Mk. stellt, bleiben weitere 156 000 Mk. oder 17 Proz. für Abschreibungen übrig. Der Gesamtgewinn ist mit 35 Proz. enorm hoch.

Die Kapitalmäßig etwas größere Vereinsbrauerei zu Zwickau, verwendet gleichfalls eine sehr erhebliche Summe zu Abschreibungen, und zwar 255 000 Mk. = 20 Proz. des Kapitals. Danach beträgt der Reingewinn dann nur noch 9 Proz.

Aus Beruf und Betrieb.

Opfer der Lehrlingsmißhandlung.

Wissen. Unter den Rädern des zwischen Guben und Bentschen verkehrenden Personenzuges endete ein junges Menschenleben. Der Selbstmörder war ein Brauerlehrling in Wissen. Die Ursache?

Der Braumeister hatte gesehen, wie der Lehrling sich abends ein Stelldichein mit einer Dorfschönen gegeben hatte. Er glaubte Arbeitsunlust, Schläftheit anderen Tags bei dem Lehrling festzustellen und züchtigte ihn aus einer an sich unwesentlichen Differenz. Der Lehrling, in dem Alter eine Züchtigung nicht gewohnt, empfindet das befehlgebende einer solchen Züchtigung und ruft: „Meister, Sie sind wohl verrückt geworden“; hierbei passiert ihm ein Unglück, er beißt den Meister in den Finger und hat damit die Wut des Gestrangenen auf den Siedepunkt gebracht. Fast schien es, als ob der Vorfall erledigt. Der Lehrling geht zum Essen in die Küche, wo das gesamte Küchenpersonal und die anderen Lehrlinge das Abendbrot einnehmen. Da erscheint der Meister, bewaffnet mit einem Gummischlauch, wie er in der Brauerei zum Bierabzapfen verwendet wird und läßt den Gummischlauch auf dem Rücken des Lehrlings tanzen, bis der Lehrling sich am Boden wälzt. Der Rücken ist wund und schmerzt. Er zeigt die Wunden Nachbarn und erbittet sich Hilfe, um zu seinen Pflegeeltern fahren zu können. Hier angelangt, muß er ebenfalls, als undankbarer Sohn hingestellt, Vorwürfe über seine Handlungsweise über sich ergehen lassen. Der Meister sucht die Pflegeeltern ebenfalls auf. Es wird beschlossen, daß der Lehrling zurückkehren hat. Der Lehrling jedoch denkt an keine Rückkehr. Er schreibt an seine Freundin einen Abschiedsbrief. Schreibt, daß es ihm unmöglich sei, seinen Kollegen und Bekannten in die Augen zu schauen. Eine jeilische Depression spricht aus den Zeilen und dürfte die Folge der von dem Meister angewandten „Erziehungsmethode“ sein. Der Lehrling weiß heute nicht mehr unter den Lebenden.

Ob nun der Grund zur nachlässigen Arbeitsverrichtung und dem rentierten Benehmen in der Zusammenkunft mit der Dorfschönen oder in der allzu starken Kräfteanstrengung des Lehrlings bei der Arbeit zu suchen ist, das zu untersuchen, hat die Gewerbeaufsichtsinspedition Veranlassung. Eine Arbeitszeit von 5 1/2 Uhr morgens bis 7 1/2 Uhr abends mit den üblichen Frühstück- und Mittagspausen, welche je nach Bierbedarf noch der Kürzung unterliegen, dürfte Arbeitsfreudigkeit auch bei einem Lehrling nicht hervorruhen.

Geht man der Frage nach, warum die gesetzliche Arbeitszeit in dem Betrieb so weitgehend überschritten wurde, dann findet man wohl auch die Ursache, warum der Lehrling durch die Mißhandlung in den Tod getrieben wurde.

Rundschau.

Martin Segitz.

In Fürth starb am 29. Juli Martin Segitz im Alter von 74 Jahren. Martin Segitz gehörte zu den Älten in der Arbeiterbewegung. Mit Grillenberger und Söjerner begründete er die „Metallarbeiter-Zeitung“. In früheren Jahren war er an verschiedenen Zeitungen als Redakteur tätig, später als Arbeitsekretär in dem ersten deutschen Arbeitsekretariat in Nürnberg. Dort leistete er Vorbildliches. Dem Bayerischen Landtag gehörte er jahrelang an, dem Reichstag von 1898 bis 1903. Die Arbeiterschaft wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Juni 1927.

Nach den Berichten im Reichsarbeitsblatt ergaben sich in den nachbenannten Verbänden folgende Ziffern:

Table with 5 columns: Lebermittel- u. Getreide-Arbeiter, Kohl- u. Gen.-Arb., Fleisch- u. Zerleisg., Böttcher- u. Weinf., and a row for Arbeitslose in Prozent (männliche, weibliche, zusammen).

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“ Berlin NW 42, Reichstagsufer 3. Fernsprecher: Hanja 434.

35. Beitragswoche vom 21. bis 27. August

Abrechnung vom 2. Quartal 1927

fehlt noch von folgenden Ortsvereinen: Bernstadt, Münterberg, Ottmachau, Greißenwald, Kaufbeuren, Bremervörde. Die sämmtlichen Ortsvereine werden hiermit aufgefordert, die Abrechnung umgehend einzusenden.

Der Verbandsvorstand.

Eingänge der Hauptkasse vom 15. bis 20. August

(Beitragsscheine der Hauptkassen: Berlin 12 079, Brauer- und Mühlenarbeiter G. m. b. H. Berlin 12 49.) Berlin 1200, ...

Regensburg 250, Sprottau 410, Passau 8, Erfurt 17,80, ...

Briefkasten.

Spaner, Holz. Aufsätze mußten zurückgestellt werden zur nächsten Nummer der „Verbands-Zeitung“.

Einladung.

Der Ortsverein Freiburg i. B. feiert am Sonntag, dem 4. September 1927, nachmittags 3 1/2 Uhr beginnend, in der Freiburger Kunst- und Festhalle sein

30jähriges Stiftungsfest

und ladet hierzu die Kollegen aus nah und fern mit ihren Angehörigen ein. Zur Abwechslung gelangt ein außerordentliches Programm. Hierauf bei vollem Orchester großer Tanz. Wir bitten unsere Freunde, und recht zahlreich zu besuchen. Das Festkomitee.

EINLADUNG.

Der Ortsverein Hamm i. Westf. feiert am Samstag, dem 27. August 1927, sein

35jähriges Stiftungsfest,

verbunden mit Fahnenweihe, im Lokal des Wirtes B. Thiemann, Restaurant „Zum tiefen Keller“, Wilhelmstr. Die Kollegen der umliegenden Ortsvereine sind bei freiem Eintritt herzlich eingeladen. Ortsverein Hamm i. Westf.

Nachruf! Am 29. Juli starb unser Kollege Alfred Strothaus, ...

Nachruf. Am 9. Juli verchied unser treuer Kollege, der Bäcker Heinrich Wösten. ...

Unsern Kollegen Fritz Mietdorf und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit die besten Glückwünsche. ...

Unsern Kollegen Adolf Kappeler nebst seiner lieb Frau zur silbernen Hochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. ...

Unsern alten Junggesellen Hans Sachs nebst seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. ...

Unserer Kol. Hilde Schwittre nebst ihrem Bräutigam zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. ...

Unsern Kollegen Gustav Mehlzer und seiner lieben Frau zu ihrer Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. ...

Unsern Kollegen Franz Ulrich nebst seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. ...

Unsern Kol. Ludwig Wöller, Gaußner, und seiner lieben Frau Germaine die herzlichen Glückwünsche zur Vermählung. ...

Unsern Kollegen Max Weser, Berdau, und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichen Glückwünsche zur Vermählung. ...

Mälzer

ein. Angeb. m. Zeugnisabschrift an Stettiner Bergschloß-Brauerei A. G., Stettin 9.

Der allbekannte Brauerholzschnitz

mit 2 Schnall in glatten Rindleder. Unbefleckt 7,25 Mk. Weißt 8,75 Mk.

Bei 3 Paar 1/2 franco.

Sodenschneider 1,60 Mk.

meirich Schäfer, Hannan Schirnstr. 5.

Brauerschuhe

mit Doppelsohlen RM. 7,50. M. Wöhlitz, Bressau, Agnesstraße 1.

Brauerschuhe

aus Kernrindleder, wasserfest, extra starke Holzsohlen Paar 7,- Mk. Versch. d. Nachnahme Sodenschneider billigt. Sellnerstr. 5 II.

JOHANN HARDERS / Holzschuhfabrik

Altana-E., Adolfstr. 28

30 cm Schafthöhe 28-31 cm RM. 12,- 45 cm Schafthöhe 28-31 cm RM. 17,-

Wasser-tauche 26-31 cm RM. 7,50

Auf Wunsch auch mit Stoßstappe ohne Meßsohlen. / 3 Paar franco.

Billige bismische Bettfedern

1 Kilo grüne geschlossene G.-M. 3,-; halbweiße G.-M. 4,-; weiße G.-M. 5,-; bessere G.-M. 6,-; damenweiße G.-M. 7,-; beste Sorte G.-M. 12,- bis 14,-; weiße ungefüllte Rufffedern G.-M. 7,-, 9,50, 11,- Versand franco, vollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch oder Rücknahme gestattet.

Benedikt Sackel, Lobes No. 15, bei Pilsen, Böhmen.

Die Qualitätszigaretten THADMOR 4 Pi. ARBEITERSPORTLER 4 Pi. ZERONTH 5 Pi. aus dem Konsumverein.